



Texte und Bilder zur Bibel, historische Romane sowie Briefe aus dem antifaschistischen Exil

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 22. Dezember 2011

66. Jahrgang/Nr. 298 • Berlinausgabe 1,50 €

STANDPUNKT

Erbärmlich

Von Gabriele Oertel

Das Skandalöse an der Nachricht ist, dass sie nicht neu ist. Seit 2005 registrieren diverse Erhebungen eine etwa gleichbleibend hohe Armut, die jeden Siebenten trifft. Da können Wirtschaft wie Politik jubeln, dass Deutschland die Krise bislang umschiffte, die Kaufkraft anhält und jeder Bürger über 200 Euro für Weihnachtsgeschenke aus gibt. Auf zwölf Millionen, die an der Armutsgrenze leben oder sie unterschreiten, trifft das nicht zu. Sie sind ausgegrenzt und haben kaum Hoffnung auf Verbesserung.

Ausgerechnet ein SPD-Kanzler gab 2003 mit seiner Agenda 2010 den Startschuss zum großen Ausverkauf der sozialen Verantwortung – den führende Sozialdemokraten bis heute verteidigen. Leistungen des Staates zurückfahren, Eigenverantwortung stärken, mehr Eigenleistung abfordern, so umriss Gerhard Schröder sein Programm. Damit ist er als Kanzler zwar grandios gescheitert – es brachte ihm aber 2005 von seiner CDU-Nachfolgerin persönlichen Dank ein, weil er »mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat«.

Das offene Scheumentor nutzte Angela Merkel liebend gern, bestätigte den Vorwurf der Sozialdemokratisierung in diesem einen Punkt. Flächendeckender Mindestlohn? Fehlzanzeige! Reichensteuer? Denkste! Höhere Regelsätze? Unvergessen die erbärmliche Nummer, mit der der Hartz-IV-Bezug um ganze fünf Euro erhöht wurde! Seit Merkels Kanzlerschaft hat sich die Armut auf hohem Niveau – und abgekoppelt von der Konjunktur – verfestigt. So wird die Statistik zum Zeugnis: von erschreckender Armut im wahrsten wie im übertragenen Sinn.

Unten links

Es ist zum Davonlaufen. Was? Alles. Das Wetter zum Beispiel. Weiße Weihnachten? Frommer Wunsch, hohles Versprechen. Kein Wunder, dass fünfeinhalb Millionen Christen in Deutschland aus der Kirche austreten wollen. Auch der Bundeswehr hilft es nicht, ihren Freiwilligen das Blaue vom Himmel zu verheißen: Jeder vierte Soldat, der im Juli seinen Dienst antrat, hat ihn schon wieder quittiert. Man habe einen attraktiveren Job gefunden, hieß es oft zur Begründung. Das ist das Argument der Bremer Stadtmusikanten: Etwas Besseres als den Tod findest du überall. Nur nicht bei der FDP. Der laufen die letzten Getreuen fort. Wären am Sonntag Bundestagswahlen, Röslers Mannschaft käme nur noch auf zwei Prozent. Aber am Sonntag sind keinen Wahlen, am Sonntag ist Weihnachten. Gut für Rösler, schlecht für Wulff. Der muss sich am Vorabend um Kopf und Kragen reden – und würde doch lieber das Weite suchen. Nur findet sich für die Reise partout kein Sponsor. *mha*

www.neues-deutschland.de

twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 61/71 CZK

Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Osten im roten Bereich

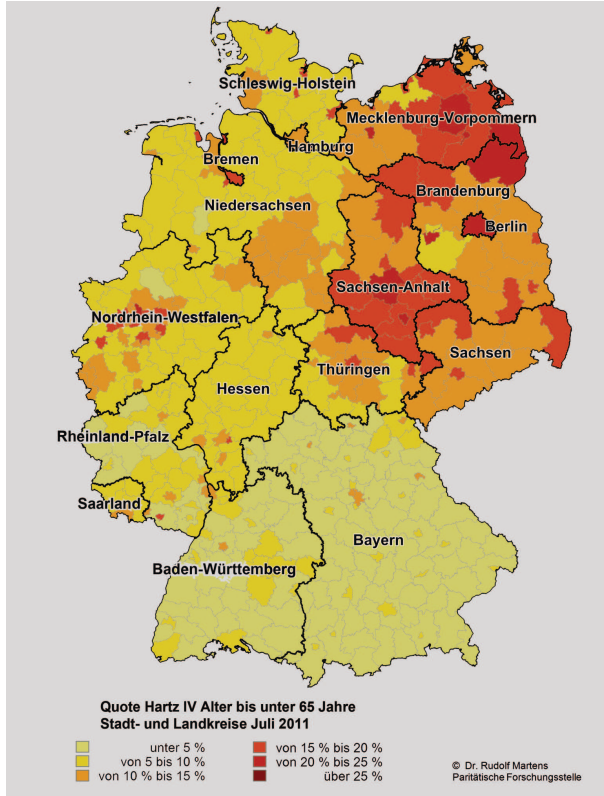
Sozialverband schlägt Alarm: Bundesweit jeder Siebte von Armut bedroht

Von Fabian Lambeck

Die Armut verfestigt sich in weiten Teilen Ostdeutschlands auf hohem Niveau. Schlusslicht bleibt Vorpommern: Hier gilt jeder Vierte als arm. Der am Mittwoch veröffentlichte Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes belegt auch, dass einige Regionen im Westen mittlerweile genauso betroffen sind.

Trotz wirtschaftlicher Erholung ist jeder siebte Bundesbürger von Armut bedroht. Dies ergibt sich aus dem aktuellen Armutsbericht, den der Paritätische Gesamtverband am Mittwoch in Berlin vorstellte. Demnach gelten rund 12 Millionen Menschen in Deutschland als armutsgefährdet. Das sind 14,5 Prozent der Bevölkerung.

Als arm gilt laut Statistik, wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung hat. Wie der



Angst vorm nächsten Tag: Porträt einer Mini-Jobberin

Seite 3

Bericht konstatiert, sei die Armut auch in Jahren mit starkem Wirtschaftswachstum wie 2006 oder 2010 nicht zurückgegangen. »Es handelt sich um eine Verhärtung der Armut auf sehr hohem Niveau«, stellt Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider fest. »Wo die Wirtschaft nicht für sozialen Ausgleich sorgt, ist die Politik gefordert.«

Der Verband plädiert deshalb für eine »armutspolitische Kehrtwende«. Dazu zählen höhere Hartz-IV-Regelsätze ebenso wie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, mehr Bildungschancen für benachteiligte Kinder und vorbeugende Maßnahmen gegen die drohenden Altersarmut. Schneider forderte zudem eine stärkere Besteuerung von Vermögern und hohen Einkommen. Um Armut wirksam zu bekämpfen, seien jährlich rund 20 Milliarden Euro zusätzlich nötig, so Schneider.

Wie ernst die Lage ist, zeigt ein Blick in den Bericht, der den Zeitraum von 2005 bis 2010 erfasst. Insbesondere Berlin und einige Regionen Nordrhein-Westfalens weisen einen deutlichen Negativtrend auf. In der Hauptstadt und im Ruhrgebiet wuchs die Zahl der Armen in den letzten fünf Jahren so stark wie nirgendwo sonst in Deutschland. Die Armutsquote in Dortmund ist mit 23 Prozent höher als im ärmsten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Schneider warnte am Mittwoch

vor sozialen Unruhen im größten deutschen Ballungsraum: »Sollte dieser Kessel anfangen zu kochen, dürfte es sehr schwer werden, ihn wieder runterzukühlen.«

Auch wenn einige Regionen in den alten Ländern auf das Armutsniveau Ostdeutschlands sinken, gilt nach wie vor: Die fünf neuen Länder weisen überdurchschnittlich hohe Armutsquoten auf – trotz einiger Lichtblicke in Südhüringen und Brandenburg. Trauriges Schlusslicht bleibt Vorpommern: Die Region an der polni-

sehen Grenze ist mit einer Armutsquote von fast 25 Prozent bundesweites Schlusslicht.

Der Präsident der Volkssolidarität, Gunnar Winkler, machte vor allem die Arbeitslosigkeit für das Ost-West-Gefälle verantwortlich. Sie sei »fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern«. Zudem seien 40 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich beschäftigt. »Das hat Langzeitwirkungen bis hin zu zukünftiger Altersarmut«, so Winkler.

Heftige Vorwürfe gegen Syrien

Berichte aus London über neue »furchtbare Massaker«

Von Karin Leukefeld

In Syrien sollen heute die ersten internationalen Beobachter enttrefen. Deutschland und andere westliche Staaten prangern derweil neue Massaker an.

Mehr als 200 Zivilisten vor allem im Norden Syriens sollen am Dienstag und Mittwoch von staatlichen Sicherheitskräften getötet worden sein. Dies wird von Nachrichtenagenturen gemeldet. Der im Ausland agierende Syrische Nationalrat (SNR) forderte angesichts der »furchtbaren Massaker« an »unbewaffneten Zivilisten« Dringlichkeitssitzungen des UN-Sicherheitsrats. Die UNO müsse die betroffenen Städte zu »Sicherheitszonen« erklären und unter internationalen Schutz

stellen. Es handele sich um »Völkermord im großen Umfang« hieß es in einer SNR-Erklärung. Seit Monaten fordert die syrische Auslandsopposition ein Eingreifen in Syrien. Die Rede ist von einem militärisch geschützten »humanitären Korridor« oder von einer »Pufferzone«, die im Norden des Landes von türkischen Truppen besetzt werden könnte. Auch der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, verurteilte die »Massenexekutionen von syrischen Deserteuren«. Bis Redaktionschluss lag eine Erklärung aus Damaskus nicht vor.

Die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) hatte bereits am Wochenende die Bundesregierung

aufgefordert, sich im UN-Sicherheitsrat für »deeskalierende Maßnahmen« und für einen »Dialog zwischen der Assad-Regierung und syrischen Oppositionellen« einzusetzen. Obwohl die Protestbewegung als auch die Regierung müssten auf Gewalt verzichten, so IPPNW. »Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die Region sind sofort zu stoppen.«

Quelle der Todesmeldungen von Dienstag und Mittwoch ist die in London ansässige Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, die vom US-Außenministerium mit finanziert wird. Deren Quelle wiederum war offenbar eine Nachricht des ebenfalls in London ansässigen Zentrums für Strategische Studien und Kommunikation (SRCC) vom späten

Dienstagabend. Ohne Angaben von Quellen hieß es darin, dass staatliche Sicherheitskräfte am Dienstag mindestens 120 Personen, darunter 72 Zivilisten, getötet hätten. Die Personen hätten sich bewaffnet und ein 300 Mann starkes Regiment von »Überläufern« gebildet. Am Mittwochmorgen meldete SRCC, erneut ohne Quellenangaben, »Baschar al-Assads Truppen« hätten mindestens 82 weitere Personen getötet, zusätzlich zu den 120 vom Vortag.

Am heutigen Donnerstag wird die erste Gruppe arabischer Beobachter in Syrien erwartet, um die Umsetzung eines arabischen Friedensplanes für Syrien zu kontrollieren. Syrien hatte am Montag ein entsprechendes Protokoll mit der Arabischen Liga unterzeichnet.

Geerkens an Kredit beteiligt

Rückhalt für Wulff schwindet

Von Christian Klemm

Welche Rolle spielt der Unternehmer Geerkens in der Affäre um das Darlehen an den Bundespräsidenten? Nun äußert sich Wulffs Anwalt dazu.

Christian Wulff bleibt wegen seines Hauskredits und enger Kontakte zu spendablen Unternehmern in den Schlagzeilen. Jetzt wird sogar der Vergleich zu Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gezogen. Man erinnert sich: Der Ex-Verteidigungsminister musste wegen einer gefälschten Doktorarbeit den Hut nehmen. Dabei kam die Wahrheit nur scheinbar ans Licht. Diese Salamtaktik wirft der SPD-Innenpolitiker Sebastian Edathy nun dem Staatsoberrichter vor. Er gebe immer nur das zu, was man ihm nachweisen könne, sagte Edathy im »Deutschlandfunk«. »Erst wird demontiert, dann wird behauptet, es gebe Missverständnisse, dann wird eine Teilschuldigung vorgenommen«, so der SPD-Mann weiter. Ob Wulff am Ende einen ähnlich spektakulären Abgang wie Guttenberg hinlegt, wagt Edathy nicht zu prognostizieren.

Unterdessen hat Wulffs Anwalt Gernot Lehr gegenüber der »Welt« eingeräumt, dass der Geschäftsmann Egon Geerkens an der Vergabe des 500 000-Euro-Darlehens an den damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten beteiligt war. Das Darlehen sei aber von Geerkens' Frau Edith gewährt worden. Mit Spannung wird nun erwartet, ob Wulff in seiner Weihnachtsansprache auf den Trübel um seine Person eingeht. Die Ansprache sollte gestern im Schloss Bellevue aufgezeichnet werden.

Den Rücktritt Wulffs, der in den vergangenen Tagen vereinzelt gefordert wurde, lehnen nach einer Forsa-Umfrage 79 Prozent der Deutschen ab. Nur 13 Prozent meinen, Wulff sollte das Handtuch werfen. Doch der Rückhalt schwindet: Nach der Umfrage sagten 31 Prozent der Bundesbürger, Wulff habe für sie an Ansehen eingebüßt. Auch strafrechtlich könnte der Kredit Folgen haben. Bis gestern seien bei der Staatsanwaltschaft in Hannover neun Anzeigen eingegangen, so ein Sprecher. *Kommentar Seite 4*

KURZ

40 Jahre Fukushima-Abriß

Tokio (AFP). Die Demontage des havarierten Atomkraftwerks Fukushima im Nordosten Japans soll nach Regierungsplänen etwa 40 Jahre dauern. Begonnen werden solle damit, so Umweltminister Goshi Hosono am Mittwoch in Tokio, in etwa zwei Jahren.

ISAF-Soldaten getötet

Kabul (dpa). Bei einem Sprengstoffanschlag im Osten Afghanistans sind am Mittwoch fünf Soldaten der Internationalen Schutztruppe ISAF getötet worden. In Ostafghanistan sind vor allem US-Soldaten eingesetzt.

Gelbe Karte für Daimler

Paris (AFP). Einer Reihe von Autobauern drohen in Europa drakonische Strafen, falls sie die ab 2012 festgelegten Grenzwerte zum Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid nicht einhalten. Darunter ist der deutsche Fahrzeugkonzern Daimler.

Wohngeld nur wenig gefragt

Wiesbaden (nd). Ende 2010 bezogen in Deutschland 852 000 Haushalte Wohngeld. Dies sind nur 2,1 Prozent der privaten Haushalte, teilte das Statistische Bundesamt mit. Der Anteil war gegenüber 2009 unverändert.

Fast 200 Kältetote in Ungarn

Budapest (dpa). In Ungarn sind seit Oktober 196 Menschen erfroren. Die meisten Opfer waren Obdachlose und Arme, die in ungeheizten Wohnungen erfroren.